
Europawahl: Auswertung und Perspektiven

Das Wahlergebnis der Europawahlen für DIE LINKE beträgt 5,5 % und ist - gemessen an unserem Ziel und unseren Erwartungen - enttäuschend. Wir konnten zwar im Westen mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz marginal zulegen, die massiven Verluste im Osten sind aber einschneidend, insbesondere in den Flächenländern Thüringen und Sachsen-Anhalt. In absoluten Zahlen hat DIE LINKE mit bundesweit 2.056.010 Stimmen das zweitbeste Ergebnis bei einer Europawahl erzielt. Gegenüber der Europawahl 2014 (7,4 %) haben wir jedoch 112.701 Stimmen verloren und wir konnten von der gestiegenen Wahlbeteiligung (61,4 %, 2014: 48,1%) nicht profitieren. Den erheblichen Verlusten in den ostdeutschen Bundesländern, vor allem in den kleineren Städten und Gemeinden, steht die leicht gestiegene, aber weiterhin schwache Verankerung der Partei in den westlichen Flächenländer gegenüber: Selbst durch sich entwickelnde Hochburgen in urbanen Zentren in Ost und West konnte dieser Verlust nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis der Europawahl ist deshalb für unsere Partei ein Rückschlag im Aufbau einer wirkmächtigen linken Partei.

Wir sollten daher die Diskussion über die Ursachen sachlich, (selbst-)kritisch und konstruktiv führen und über die Schlussfolgerungen für den politischen Kurs in den nächsten Monaten solidarisch und mit konstruktivem Blick nach vorne diskutieren. Denn vor uns stehen richtungsweisende Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen und womöglich auch bald im Bund. An dieser Stelle brauchen wir klare Analysen und gemeinsame Strategien, die aus meiner Perspektive als Wahlkampfleiter

- DIE LINKE in einem Richtungskampf gegen rechts stärken müssen,
- eine höhere gesellschaftliche Mobilisierung hervorrufen (als bei den Europawahlen) und
- DIE LINKE, als Mitgliederpartei, aus der Wahlkämpfe kollektiv und in der Breite getragen werden können, stärkt.

Ich plädiere dafür, offensiv über diese Ursachen zu sprechen, denn nur so kann uns gelingen, uns kommenden Herausforderungen selbstbewusst zu stellen, zu lernen und gemeinsam stärker zu werden. Ich plädiere aber auch dafür, bei der Auswertung und Diskussion der Schlussfolgerungen folgendes immer in den Blick zu nehmen: Wahlen werden - trotz der Notwendigkeit engagierter und zielgerichteter Wahlkampfführung - nicht durch die Wahlkämpfe selbst entschieden. Sie werden auch - entgegen bürgerlicher Erzählungen - nicht durch charismatische Persönlichkeiten entschieden, sondern Wahlkämpfe sind Ergebnis der politischen Wahrnehmung und Durchsetzungsfähigkeit einer Partei in einer längeren Zeitperiode in der Öffentlichkeit und bei den eigenen Mitgliedern. Sie sind ein Zwischenstand des Niveaus der sozialen Kämpfe in einer Gesellschaft. Dort sollte bei der Analyse der Fokus liegen.

ZU DEN URSACHEN

Die eine Ursache für das schlechte Ergebnis bei der Europawahl gibt es meines Erachtens nicht - viel mehr lässt sich ein Bündel aus Ursachen ausmachen.

Unsere Schwierigkeiten bei der Wahlkampfkommunikation

Die Ausgangslage für DIE LINKE war schwierig. Bei den drei wahlentscheidenden Themen - Klimaschutz, EU-Positionierung und Kampf gegen rechts - hatten wir zwar klare wahlprogrammatische Positionen. Diese sind in dem durch den Bundesparteitag beschlossenen Europawahlprogramm enthalten und werden von mir weiterhin vollständig inhaltlich getragen. Dennoch konnten wir bei keinem dieser Themen punkten. Weder beim Thema Klimaschutz, noch bei unserer Perspektive auf die Krise der EU-Integration als auch im Kampf gegen rechts konnten wir mit unserer Partei in der Öffentlichkeit wirklich durchdringen und mit eigenen Akzenten im Meinungssetting wahrgenommen werden. Dazu kam das Problem, dass es in unserer Partei weiterhin unterschiedliche Positionen zur EU-Integration gibt. Der Bundesparteitag hat dazu zwar einen meiner Auffassung nach in der Partei tragfähigen Kompromiss erzielt. Auch haben wir in der Kommunikation - auf Plakaten, Materialien, in Podien - klare Botschaften gesandt: 1. Konkrete Problembeschreibung. 2. konkreter Lösungsvorschlag ("Steuern schon abgeliefert? Konzerne zur Kasse", "Flucht hat Ursachen. Waffenexporte stoppen", "Klima vor Profite. Saubere Energie fördern" usw...) Trotzdem ist es uns nicht hinreichend gelungen, offenbar länger bestehende uneindeutige Zuschreibungen in der Wahrnehmung der Wähler*innen zur EU und den damit zusammenhängenden wahlentscheidenden Fragen zu überwinden. Diese Uneindeutigkeit und Missverständlichkeit lassen sich meiner Ansicht nach in folgenden Punkten identifizieren:

- weiterhin gespaltenes innerparteiliches Verhältnis zur Krise der EU-Integration/ Sozialunion: zwischen nationalem Souveränismus einerseits und "Republik Europa" andererseits
- die Wahrnehmung des Klimaschutzes als bürgerliches Wohlfühlthema
- Uneindeutigkeiten, Fehlwahrnehmungen und Missverständlichkeiten in der Migrationspolitik sowie im Kampf gegen rechts
- Unklarheit über die Wirksamkeit einer Linken in der EU
- gespaltenes linkes Elektorat: EU-Verlierer (Prekäre, Erwerbslose...) und EU-Gewinner (urbanes Milieu, Bildungsmilieu)

Sowohl die im Parteivorstand beschlossene Wahlstrategie als auch der Beschluss des Parteitages vertraten den Ansatz eines "dritten Pols": jenseits eines neoliberal geprägten „pro-europäischen“ Weiterso und eines „anti-europäischen“ Nationalismus haben wir die Position eingenommen, dass es einer grundlegenden Veränderung der EU zu ei-

nem „sozialen und friedlichen Europa“ bedarf, um diese nicht nur zu erhalten, sondern auch als einen Ort des aktiven Eingreifens zu betrachten. Wir haben dies mit einem zweimaligen „Ja“ umschrieben: „Ja“ zum Erhalt der EU, und „Ja“ zu einer grundlegenden Veränderung der EU. Dies stellte angesichts der erheblich divergierenden Auffassungen in der Partei den - meines Erachtens auch inhaltlich richtigen - Versuch dar, einen Kompromiss zu finden: zwischen den Befürworter/innen einer „Republik Europa“ einerseits und den Befürworter*innen einer schärferen Kritik der EU andererseits. Dieser Versuch, beide gegenüberstehenden Positionen und Elektorate politisch-solidarisch miteinander zu verbinden, ist jedoch gescheitert: Wir konnten offensichtlich nicht hinreichend vermitteln, dass wir Europa ändern wollen, um sie als politisch regulativen Raum zu erhalten und auszubauen. Wir konnten nicht glaubwürdig erzählen, dass wir soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung (und nicht: als Vorbehalt) für Klimaschutz erachten. Offenbar wurden unsere Forderungen missverstanden als „Europa ja, aber anders. Klimaschutz ja, aber sozial gerecht“. Zwar haben wir es parteiintern geschafft, unsere Position zur Europäischen Union, als einen Ort aktiven Eingreifens und als originären Kampfplatz für radikal soziale und demokratische Reformen, geschärft. Mit den 5-Punkte-Sofortprogrammorschlägen haben wir ja sogar inhaltlich konkret und aktiv unsere Visionen als realisierbar kommuniziert. Dieser Kompromiss in der Partei war aber nach außen nicht ausreichend mobilisierend. Wir konnten offensichtlich nicht hinreichend vermitteln, dass wir die EU radikal ändern wollen, um sie zu erhalten und auszubauen. Eine gemeinsame Sprache als Partei konnten wir deshalb also weiterhin schwer finden. Nicht nur in der Außenwahrnehmung, auch intern, war es uns nicht möglich, die inhaltlichen Leerstellen und Defizite linker Europapolitik der letzten Jahre auszugleichen. Unsere Kommunikation, konkrete und radikale Forderungen an eine EU als Sozialunion zu formulieren, ist nicht kohärent mit traditionell verankerten, kritischen Stimmen gegenüber der EU; diese mussten wir aber irritieren, sofern wir den Anspruch, soziale und demokratische Mindeststandards in der EU setzen zu wollen, konkretisierten.

Mit dieser Schwierigkeit befindet sich die deutsche LINKE allerdings in Gemeinsamkeit mit den europäischen Linksparteien insgesamt, die mit Ausnahme der portugiesischen Linken, allesamt schlechter als erwartet abschnitten und der politischen Bedeutungslosigkeit nur knapp entgangen sind. Innere Widersprüche über die realen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme (parlamentarisch und außerparlamentarisch) auf EU-Ebene führten für die Wähler*innen nicht dazu, dass die Wahlentscheidung zugunsten linker Parteien ausfällt.

Auch Klimaschutz wird gegenwärtig nicht mit uns assoziiert, trotz einer Programmatik, die selbst von Klimaschutzverbänden gelobt wird. Die Tatsache, dass dies in der Regel in der interessierten Öffentlichkeit für Überraschung sorgt, verweist darauf, dass diese Thematik linker Politik eher äußerlich erscheint.

In der Migrationspolitik waren unsere Positionen ebenfalls wahlprogrammatisch zwar eindeutig im humanistischen Sinne formuliert. Gleichwohl wirkten hier offenbar wei-

terhin die innerparteilichen Kontroversen nach, die erst Ende 2018 beendet werden konnten. Noch in den Befragungen in unserem Wähler*innenpotenzial im Vorwahlkampf wurde uns in dieser Frage eine uneindeutige Position attestiert. Es ist praktisch nicht möglich, derartige verfestigte Wahrnehmungen im Wahlkampf komplett „zu drehen“.

Auch, wenn man - anders als ich - die beschlossene Positionierung des Bundesparteitags aus einem der beiden denkbaren Gründe (“Republik Europa” oder “radikalere” Kritik der EU-Verfasstheit) nicht teilt, hätte uns das meiner Meinung nach wahlpolitisch nicht genutzt. Eine solche Entscheidung für eine der beiden Positionen hätte uns nicht nur als Partei auf dem Bundesparteitag und im Wahlkampf vor eine Zerreißprobe gestellt, sondern auch aufgrund der fortwirkenden o.g. unterschiedlichen Haltungen in unserer Partei und Wähler*innenschaft zur EU keine relevant besseren Wahlergebnisse erzeugt. Denn für beide Alternativpositionen - “Republik Europa” oder intensivere Kritik der EU-Verfasstheit - ergeben sich jeweils erhebliche Folgeprobleme. Es erscheint aus meiner Sicht wenig überzeugend anzunehmen, dass eine schärfere Betonung von EU-Kritik besonders positiv im Wählervotum aufgenommen worden wäre. So hat sich seit 2014 die Haltung unserer Wähler/innen gegenüber der EU positiv verändert: für sechs von zehn LINKEN Wähler*innen überwiegen Deutschlands Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft - das macht eine Steigerung zu 2014 von 23 % aus. Umgekehrt müsste auch die Artikulation einer “Republik Europa”, die spiegelbildlich auf der Ebene der Strukturverfasstheit der EU verbleibt, nicht aber die EU als Kampfplatz und Raum sozialer Konflikte fokussiert, die linke Wähler*innenbasis eher entzweien.

Schwache Mobilisierung entlang der sozialen Frage

Die soziale Spaltung führte auch bei der Europawahl dazu, dass viele Menschen mit niedrigem Einkommen nicht zur Wahl gegangen sind. Diese sind gerade bei einer Europawahl noch schwieriger zu erreichen und zu mobilisieren, da viele Menschen zu Recht die neoliberale Ausrichtung der EU-Institutionen und die geringe Gestaltungsmacht des Europäischen Parlaments kritisieren und als Ergebnis ihrer Stimmabgabe kaum Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erwarten. 34% unserer Wähler*innen wählten uns aus Protest. Bei den Arbeiter*innen, bei Gewerkschaftsmitgliedern, bei Menschen ohne Abitur und bei Erwerbslosen zeigt sich die gesellschaftliche Polarisierung: die alten Volksparteien verlieren, aber profitiert haben bei dieser Wahl die AfD und die Grünen. Zu denken geben muss uns insbesondere das Ergebnis bei der Gewerkschafter*innen. Während die LINKE insbesondere bei den Gewerkschafterinnen überdurchschnittlich abgeschnitten hat, haben die Grünen bei den Gewerkschaftern (16%) stärker von der Krise der SPD profitiert und sind bei den Gewerkschafterinnen stärkste Partei geworden. Auch die Ergebnisse bei den Wähler*innen unter 30 Jahren lassen uns alt aussehen: nur 7 % der Jungwähler/innen (Grüne 34%) wählten DIE LINKE. Zwar machen diese Wähler*innen nur einen kleinen Teil des gesamten Wählerspektrums aus, zugleich müssen wir diese Zahlen aber auch als starke Indikatoren für zukünftige Entwicklungen verstehen. Dass die beiden “großen” Parteien CDU und SPD kaum über die Grö-

Benennung anderer Parteien hinauskommen oder sogar hinter diese zurückfallen, verweist auf eine massive Erosion des Wahlverhaltens jüngerer Generationen. Auch wir können uns hier nicht auf gewachsene Überzeugungen (im familiären, sozialen Umfeld usw.) verlassen. Hier müssen wir uns erneuern. Wir sind bei den Jungwähler*innen dort stehen geblieben, wo soziale Bewegungen aufhören. Wenn soziale Milieus (weiter) fraktionieren und sich tradiertes Wahlverhalten immer schwerer bildet, müssen wir hier näher an diejenigen ran, die ihren "ersten Wahlwillen" bilden (der eine gewisse Vorentscheidung für spätere darstellt): Deshalb müssen wir die Partei für junge Menschen und ihre Politikformen weiter öffnen und die Barrieren zwischen Parteiarbeit und politischem Aktivismus in sozialen Bewegungen senken. Wenn wir um die Hegemonie bei jungen Menschen kämpfen wollen, müssen wir jungen Mitglieder und Sympathisant*innen politische Partizipation niedrigschwellig ermöglichen können.

Die LINKE ist mit einer klaren Kritik an der sozialen Spaltung, der neoliberalen Politik und Verfasstheit der EU in den Wahlkampf gegangen. Bei unserer Wahlkampagne stand - die soziale Gerechtigkeitsfrage im Vordergrund, sowohl bei den zentralen Themen, Botschaften und Forderungen als auch bei den Plakaten und Wahlkampfveranstaltungen. Aber in der veränderten politischen Lage war es schwer mit unserem Ansatz, konkrete soziale Alternativen zur neoliberalen EU-Politik und klare Kante gegen rechts durchzudringen. Dabei können wir im Bereich sozialer Kompetenz auf durchaus messbare Erhöhungen verweisen: Im Ergebnis der Kampagne und der guten Arbeit der Partei in den letzten Jahren insgesamt, konnten wir die Kompetenz-Werte für „sorgt für soziale Gerechtigkeit“ deutlich verbessern (auf 15%). Wie 2014 gilt die LINKE für sehr gute 25% der Wähler_innen als die Partei, die sich am stärksten darum bemüht, dass es gerechter zugeht. Uns ist es aber im Wahlkampf zu wenig gelungen, ein soziales Kernthema zum mobilisierenden Schwerpunkt der Kampagne zu machen. Die Forderung nach einem höheren Mindestlohn wurde, wenn auch weniger deutlich, auch von SPD und Grünen erhoben. Eine Möglichkeit wäre eine stärkere Konzentration der Wahlkampagne auf die Frage der Verteilung des Reichtums und die Besteuerung der Konzerne gewesen, um so über einen exemplarischen Konflikt mehr Aufmerksamkeit und Mobilisierung im Wahlkampf zu erreichen. Umso wichtiger wäre es gewesen, die Funktion der LINKEN im Europäischen Parlament deutlicher zu machen. Bis heute existiert keine gemeinsame Sprache oder linke Erzählung innerhalb der Fraktion GUE/NGL zu gemeinsamen linken Kämpfen europaweit. Das ist nicht nur bedauerlich. Das hat uns auch Stimmen gekostet, die vorrangig auf das Konto kleiner Parteien gegangen sind (DIE PARTEI, Diem25). Diese Diversität und Heterogenität der europäischen Linken ist durchaus auch ein Teil der oben beschriebenen Uneindeutigkeit: Es ist uns als europäische Linke bisher nicht gelungen, deutlich zu machen, mit welcher Kraft der Gemeinsamkeit wir auf europäischer Ebene für Veränderungen kämpfen wollen. Zu sehr erscheint die GUE/NGL und auch die EL (noch) als loser und taktisch motivierter Verbund von nationalen Einzelparteien. Diese Zerklüftung zu reduzieren, höhere Verbindlichkeiten herzustellen, die EL und GUE/NGL bei aller gebotenen Diplomatie zu einem höheren Grad an gemeinsamer politischer Durchsetzung auf EU-Ebene zu befähigen, muss daher auch ein Ziel

der deutschen LINKEN sein. DIE LINKE ist breit akzeptierter Partner innerhalb der EL. Unser Augenmerk sollte daher in den nächsten Jahren auf die Verstärkung der inhaltlichen Arbeit liegen, etwa durch eine Kampagne, oder auch die erhebliche Verstärkung des Jugendaustauschs zwischen den Mitgliedsparteien sein, die identitätsstiftend wirkt und ein Gefühl für die Gemeinsamkeit der Kämpfe und Raum für Erfahrungen anderer schafft.

Klimaschutz als wahlentscheidendes Thema

Soziale Gerechtigkeit war für die Wähler*innen insgesamt das (zweit)wichtigste Thema (mit 43%), aber es war nicht das alleine wahlentscheidende Thema. Das gilt vermutlich auch für viele ArbeiterInnen und Erwerbslose, die zu 14% bzw. 17% für die Grünen stimmten. Die bundespolitische Bedeutung der Europawahl war stark durch die Kritik an der Zukunftsvergessenheit der GroKo geprägt - durch Fridays for Future stand dabei die Forderung nach einer radikalen Wende in der Klimapolitik im Vordergrund. Auch wenn unsere Kandidierenden unser klimapolitisches Programm authentisch vertreten haben, bildet DIE LINKE bei der hier zugeschriebenen Klimakompetenz mit 2% das Schlusslicht (B90/DIE GRÜNEN 56%).

Bei der Wahl war Klimaschutz für 48% das wichtigste Thema. Immerhin 40% der Grüne-Wählenden nannten „soziale Gerechtigkeit“ als ein wahlentscheidendes Thema - für diese Wähler*innen stand die Verbindung von Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit und Weltoffenheit mit einer positiven Haltung („für die Veränderung der EU“) im Zentrum. Es gibt Hinweise darauf, dass viele Wähler*innen der SPD, aber auch einige, die sonst LINKE wählen würden, mit der Wahl der Grünen gezielt ein Zeichen gegen die Klimapolitik der Bundesregierung setzen wollten. Beim Thema Klimaschutz wird uns trotz guter Programmatik und klarer Forderungen von den Menschen deutlich weniger Kompetenz zugetraut. Unsere Programmatik muss sich dauerhaft und glaubwürdig niederschlagen: in politischer Alltagspraxis der Partei, Koalitions-Verträgen, kommunal- und landespolitischen Schwerpunktsetzungen, Bündnisarbeit, eigener Parteipraxis. Dies zu ändern, ist auch eine Frage der Schwerpunktsetzungen, braucht längeren Atem und ist kaum im Rahmen eines Wahlkampfes zu schaffen. Dennoch sollten wir selbstkritisch auswerten, dass es uns nur unzureichend gelungen ist, an die von Fridays for Future in Gang gesetzte gesellschaftliche Diskussion anzuschließen und diese mit einem linken Profil, das konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Konzernkritik verbindet, weiterzutreiben und gesellschaftskritisch zu schärfen. Wir haben es nicht geschafft Hoffnung zu machen, dass DIE LINKE Teil der Lösung sein kann. Dabei war durchaus auffällig, dass dort, wo unsere Vertreter*innen - etwa in Podiumsdiskussionen - ins direkte Gespräch mit Schüler*innen kamen, die Zustimmungswerte mit Verlauf der Diskussion anstiegen, etwa bei den Publikumsbefragungen. Das verweist darauf, dass unsere Positionen zwar trotz Radikalität potenziell anschlussfähig und breit tragfähig sind, aber offenbar nicht bekannt oder jedenfalls nicht als solche der Partei, als linke Positionen, wahrgenommen werden.

WIE WEITER?

Sommer der Solidarität - Die Wahlkämpfe im Osten unterstützen! Für einen Wandel gegen rechts!

Die wichtigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die vor uns steht, ist jetzt alle Energie in die ostdeutschen Landtagswahlkämpfe zu stecken. In Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Landesverbänden gilt es jetzt rechte Regierungen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen zu verhindern. DIE LINKE ist der einzige Garant für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. In Brandenburg und Thüringen gilt es, unsere Partei, in den dortigen Regierungen zu stärken. In Thüringen wollen wir zudem den ersten linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow verteidigen. Kritik an einzelnen Entscheidungen dieser Regierungen unter Beteiligung unserer Partei ist legitim, darf aber nicht dazu führen, die tatsächlichen Verhältnisse zu negieren: Zu verhindern, dass die AfD die stärkste Partei im Osten wird, ist die Aufgabe aller progressiven Kräfte. Ob jung oder alt, aus Ost oder West. Die LINKE steht für Antifaschismus, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Unsere Arbeit gegen Rechts und Rassismus sowie Solidarität mit Geflüchteten werden wir in den kommenden Wahlkämpfen verstärken und sichtbarer machen. Gleichzeitig müssen wir aufzeigen, dass es darum geht, den sozialen Nährboden des Rechtspopulismus durch sozial gerechte Politik und radikale Umverteilung auszutrocknen. Das heißt für uns konkret:

- Ich schlage vor, eine bundesweite Initiative in die Partei starten, indem wir Bus-touren und konkrete Wahlkampfhilfe aus dem gesamten Bundesgebiet organisieren.
- Eine bessere Zukunft für alle: Wir wollen den Zukunftsplan Ostdeutschland weiterentwickeln und unsere Vorschläge für höhere Löhne und sinnvolle Arbeit, für einen Ausbau der Infrastruktur und Stärkung regionaler Wirtschaft über Veranstaltungen und Medienarbeit in die gesellschaftliche Auseinandersetzung bringen. Der Zukunftsplan Ostdeutschland ist dabei nicht nur ein Plan für die dringend notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse, sondern auch ein Konzept alternativer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung mit einer Stärkung der Demokratie vor Ort.
- Wir suchen den Schulterschluss mit den Menschen, die sich in den Betrieben für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen organisieren. Dazu schlage ich vor, in den anstehenden Wahlkämpfen eine Betriebstour starten.
- Wir unterstützen die wahlkämpfenden Landesverbände bei ihren Aktivitäten in Bündnissen gegen rechts.

Klimagerechtigkeit ist eine soziale Frage - die Klimafrage von links besetzen

Klimaschutz ist keine taktische, sondern eine existentielle Frage. Es bleiben noch etwa 10-15 Jahre für einen radikalen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft, Infrastruktur und veränderte Lebensweisen. Wer selbst klimapolitische Initiativen aktiv vorantreibt, kann mit großer Unterstützung in der Bevölkerung für ein konsequentes Zusammendenken von sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz rechnen. Der Platz der LINKEN ist an der Seite von Fridays for Future, Science for Future, Lehrer*innen for Future und Gewerkschafter*innen for Future! Ebenso stehen wir an der Seite der Bewegungen für einen schnellen Kohleausstieg und unterstützen Kampagnen wie „Ende Gelände“ und Kohleausstieg („kein gesellschaftlicher Kompromiss“).

Wir müssen auch innerhalb der Partei offensive Debatten führen, wie wir radikale und realistische und sozial-ökologische Projekte auf den Weg bringen und durchsetzen können. Auch müssen wir darüber sprechen, wie wir das Themenbündel Ökologie kommunal und bundespolitisch zusammendenken. Nach dem Motto „Ein klimagerechtes gutes Leben für alle“ sollten wir best-practice-Beispiele unterbreiten und anstoßen: Ökologische, bezahlbare und genossenschaftliche Wohnprojekte statt Flächen zersiedelnde und versiegelnde Einfamilienhäuser, Carsharing, ein kostenfreier und gut ausgebauter ÖPNV, oder ein gemeinsamer Technikpool wären die Stichwörter. Wohnpolitik und Enteignungsdebatte sollten an dieser Stelle auch weitergeführt und -vertieft werden. Der sozial-ökologische Umbau hat zwei Ebenen, die zusammenarbeiten müssen: bundespolitisch radikal andere Rahmensetzungen, die wiederum kommunal durchgesetzt werden. Es gilt deshalb, in der Partei die Verzahnung der Kommunalpolitik mit der Bundespolitik voranzutreiben und die auch gegenwärtig in der Partei anzutreffende Geringschätzung der jeweils anderen Ebene zurückzudrängen.

Organizing ausbauen

Die Wahlauswertungen zeigen, dass wir in den Stadtvierteln, in denen die Kreis- oder Ortsverbände eine aktivierende und organisierende Politik machen, wo es unkomplizierte Möglichkeiten zum Mitmachen gibt und wo sie gesellschaftliche Konflikte offensiv führten, mitunter deutlich bessere Wahlergebnisse verzeichnen. In Berlin Gropiusstadt erreicht DIE LINKE gegen den Neuköllner Negativtrend im Durchschnitt bessere Ergebnisse, wo das Modellprojekt in den Wahlbezirken aktiv ist. In Hamburg Steilshoop hat DIE LINKE in den Wahlbezirken, in denen das Hamburger Modellprojekt arbeitet, ihr kommunales Ergebnis teilweise verdoppelt und durchgehend gesteigert (von 11,7 auf 13,6; von 11,9 auf 23,3; von 13,3 auf 22,2; 13,0 auf 18,2; und von 18,3 auf 19,9.). Selbst das Europawahlergebnis wurde hier gegen den Stadtteil-Trend gesteigert. Das stärkste Ergebnis in Köln kommt aus einem Wahllokal aus dem Stadtteil Chorweiler (18,9%; Ergebnis Chorweiler gesamt: 5,0%; Ergebnis Köln gesamt: 6,1%), bisher wahrlich keine LINKE Hochburg. In all diesen Gebieten arbeiten engagierte Genossinnen und Genossen Hand in Hand mit ihren Nachbar*innen und nutzen erfolgsversprechende Me-

thoden LINKEN Organizings. Diese Arbeit, die wir bundesweit u.a. über Bildungsarbeit und Modellprojekte in sozialen Brennpunkten unterstützen, wollen wir gezielt zu einem „Plan Organizing 2020“ ausbauen.

Partei einer radikalen und realistischen Kapitalismuskritik

In der Bevölkerung gibt es ein wachsendes Bewusstsein, dass ein „Weiterso“ keine Alternative ist. Auf der einen Seite wird gesehen, dass kleine Korrekturen am Kapitalismus kaum ausreichen, auf der anderen Seite gibt es die Erwartung an schnelle, pragmatische Lösungen und Bündnisfähigkeit. Wir erleben auch, dass soziale Forderungen wie Stärkung des Sozialstaates, höhere Löhne, aber auch humanitäre Bezugnahmen auf menschenrechtliche Standards stets große Mehrheiten erreichen.

Hier haben wir als LINKE ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Unsere Aufgabe: die Systemfrage radikal und realistisch in den Mittelpunkt zu rücken. Das ist eine wichtige Funktion der LINKEN in einer Demokratie, die sich in der Krise befindet und in einer Gesellschaft, die nach Alternativen zum „Weiterso“ sucht. Das heisst konkret:

Unsere wirtschaftspolitischen Alternativen weiterentwickeln und offensiv in die Diskussion bringen. Es geht um einen radikalen und realistischen, sozialen und ökologischen Systemwandel: sinnvolle Arbeit und soziale Sicherheit für alle, Arbeitszeitverkürzung, Reichtum radikal umverteilen und Eigentum unter gesellschaftliche Kontrolle, Wirtschaft demokratisieren - damit Menschen vor Profite kommen.

DIE LINKE muss stärker als Partei einer aufklärerischen Konzernkritik wirken. Wir können den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und der privaten Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum, zwischen blindem Wachstum der Profite und Klimaschutz an vielen konkreten Beispielen zuspitzen. Wir starten in die Partei hinein einen Call for Ideas für Aktionsformen oder Aktionsideen um Konzernkritik konkret zu machen und bauen die social-media-Arbeit zu diesem Thema aus.

Die Geschichte machen unsere Mitglieder - die Partei weiter öffnen und überzeugend kommunizieren

DIE LINKE ist nur eine lebendige Partei, wenn sie eine lebendige Mitgliedschaft hat. Die Partei weiterhin als einen attraktiven Ort für Mitglieder zu gestalten, bleibt herausfordernd und eine Kernaufgabe von uns. Die letzten Jahre waren durch politische Auseinandersetzungen geprägt, die auf personeller Ebene kanalisiert wurden und den offenen Prozess im Hinblick auf eine aktivierende Mitgliederpartei massiv gehemmt haben. Wir erleben zudem, dass nichts so schnell alle Motivation erlahmen lässt, wie abstrakte Debatten „um des linken Kaisers Bart“, Rechthabereien um Wortgeklingel, unsolidarische Verdikte und Distinktionen, die Verachtung von Lebensstilen und Milieus. Gerade neu gewonnene und junge Anhänger*innen erleben dies häufig als abstoßend.

Eine weitere Öffnung unserer Partei für Mitstreiter*innen mit sozialistischem Herzen und einem ebensolchen intuitiven Verstand ist deshalb unerlässlich. Um die Attraktivität unserer Partei für diese Menschen zu erhöhen, ist eine neue pragmatische Radikalität notwendig, nämlich eine Radikalität der Position und ein Pragmatismus der Tat. Wir brauchen eine stark verankerte Mitgliedschaft, in den Nachbarschaften, in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen, in Vereinen und dort, wo "das Leben spielt". Die Tendenz, Konflikte um einzelne politische Themen stets auf der höchsten Ebene zu führen statt sie in der politischen Praxis möglichst kooperativ zu lösen, muss zurückgedrängt werden. Den erfolgreich begonnenen, jedoch in 2018 ins Stocken geratenen offenen Prozess der Gewinnung neuer, vor allem junger Mitglieder, häufig ohne politisch-organisatorische Vorerfahrung, müssen wir fortführen. Wir brauchen eine aktivierende Praxis, die in der Partei verankert ist, unterschiedliche Ansprachen bedienen kann und sowohl im Osten als auch im Westen Gehör findet. Unsere Parteigeschichte wird durch unsere Mitglieder geschrieben. Konkret heißt das:

- Die Mitgliederarbeit vor Ort muss gestärkt werden, insbesondere im Osten.
- Wir wollen Bildungsformate zur Mitgliederaktivierung ausbauen.
- Die Formate der Veranstaltungen unserer Partei bedürfen einer tiefgreifenden Modernisierung: Bundes- und Landesparteitage müssen basis- und diskussionsorientierter werden, weniger durch langatmige und frontale Redebeiträge geprägt. Elemente der Willensbildung "auf Augenhöhe" und in kommunikativem Stil müssen massiv gestärkt werden. Auf allen Ebenen der Partei bedarf es der Stärkung offener Formate, der Öffnung der Büros, der Stadtteil- statt Hinterzimmerdebatte.
- Wenn wir die zu starke "Einbahnkommunikation" zwischen Bundespartei und Kreisverbänden vermeiden wollen, müssen wir die Kommunikation in beide Richtungen intensivieren. Regelmäßiges strukturiertes (ggf. digitales) Feedback der Mitglieder zu politischen Fragen fällt ebenso darunter wie die regelmäßige Herausgabe einer Mitgliederpublikation. Durch einen gelungenen Dialog können nicht nur Kreisverbände von Aktionsformen und -ideen profitieren. Auch die Bundespartei hat dadurch die Möglichkeit, von der Arbeit und Praxis vor Ort mehr zu erfahren. Das schafft Transparenz und hilft der Partei, Herausforderungen und Schwierigkeiten besser zu verstehen.

Fahrplan für eventuelle Neuwahlen erstellen, Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Kommunalwahlen in Bayern vorbereiten

Die GroKo steht vor der Zerreißprobe. Ein Festhalten am Bündnis der alten Volksparteien scheint auf Dauer unwahrscheinlich. Spätestens nach den Wahlen im Osten werden wir wissen, ob die kommenden Bundestagswahlen früher anstehen als geplant. Deshalb sollten wir schon jetzt die Debatte in unserer Partei forcieren, und die Debatte führen,

wie wir uns strategisch im Bund aufstellen wollen, um die GroKo durch eine Regierung zu ersetzen, die, einen grundlegenden progressiven Politikwechsel auf den Weg bringt. Mit aller Kraft unterstützen wir die Genossen*innen bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg sowie den Kommunalwahlen in Bayern- gemeinsam kämpfen wir für eine stärkere LINKE.

Löhne, die für ein gutes Leben reichen, soziale Absicherung, mehr Lebensqualität und eine bessere Zukunft

Als LINKE sind wir die einzige Partei, die klare Konzepte für eine Überwindung von Armut und Niedriglohn, für gute Arbeit und soziale Absicherung für alle hat. Gute Konzepte reichen nicht, es geht darum, die „untere Hälfte“ der Bevölkerung, die von der Reichtumsentwicklung „abgehängt“ wurde, gezielt anzusprechen, diese im Alltag zu verankern. Bei den Beschäftigten in der Pflege haben wir durch die Pflegekampagne, in dem wir den Gebrauchswert der LINKEN deutlich und erfahrbar gemacht haben, erfolgreich an Vertrauen und Zustimmung gewonnen. Wir bleiben am Ball und werden mit unserer Pflegekampagne weiterhin an der Seite der Pflegerinnen und Pfleger kämpfen. Zudem schlage ich vor, in Zusammenarbeit mit der BAG Betrieb und Gewerkschaft Aktivitäten und Material zu entwickeln, dass sich gezielt an Menschen im Niedriglohnsektor richtet. Gerade bei Beschäftigten im Handel und in der Logistik können wir als Partei eine stärkere Verankerung aufbauen. Unsere bundesweiten Mietenkampagne und unsere Unterstützung von MieterInnen-Protesten in unzähligen Kommunen treffen eine zentrale soziale Frage dieser Zeit. Auch die Forderung nach Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen trifft auf wachsende Zustimmung. Im Wahlkampf konnten wir hier öfters mit unseren Vorschlägen sichtbar werden. Diesen Weg sollten wir weitergehen und unsere Kampagne für bezahlbare Mieten 2020 zu einer großen bundesweiten Mobilisierung gemeinsam mit MieterInnen-Initiativen und Bündnispartnern weiterentwickeln. Gemeinsam können wir einen Mietendeckel und mehr ökologisch und energie-effizienten genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau durchsetzen! Mit den Mieter*innen-Initiativen und weiteren Bündnispartnern machen wir Druck für die Enteignung und Vergesellschaftung privater Immobilienkonzerne.